

Aus dem Gemeinderat vom 24.11.2022

Betriebsplan für den Gemeindewald beschlossen

Über die Situation im Gemeindewald Igersheim berichteten Patrick Halbauer, stellvertretender Leiter des Kreisforstamtes des Main-Tauber-Kreises, und Gemeindeförster Klemens Aubele. Zunächst ging Herr Halbauer auf die klimatischen Veränderungen und die Witterungsextreme der vergangenen Jahre ein. Der Klimawandel sei im Wald deutlich zu spüren. Im Jahr 2022 gab es wieder einen sehr langen, trockenen und warmen Sommer bis hin zum wärmsten Oktober seit Aufzeichnung der Wetterdaten. Dies führte auch im Gemeindewald Igersheim zu Ausfällen durch Dürre und Insektenbefall in den Kulturen, Jungbeständen und Althölzern. Anders als in den Jahren zuvor konnte allerdings das Holz aufgrund guter Nachfrage zu guten Preisen vermarktet werden. Auch 2022 war wieder die Arbeit in den Kulturen und Jungbeständen ein Schwerpunkt, insbesondere die Pflege der jungen Eichenmischbestände.

Der Umbau der Fichten-, Buchen-, Eschen- und Bergahornwälder zu klimatoleranten Mischbeständen werde auch in den kommenden Jahren eine Hauptaufgabe im Igersheimer Gemeindewald sein, so die beiden Forstleute. Denn die genannten Baumarten kommen aufgrund der Witterungsverläufe und der klimatischen Veränderungen an ihre Grenzen. Der mündliche Bericht wurde ergänzt durch Wetter- und Klimadaten sowie vielen Bildern aus dem Igersheimer Gemeindewald, sodass Gemeinderäte und Zuhörer ein sehr anschaulichen und interessanten Überblick über den Zustand des Waldes erhalten haben.

Der Betriebsplan für den Gemeindewald Igersheim für das Jahr 2023 wurde vom Gemeinderat einstimmig zur Kenntnis genommen. Es ist ein Gesamteinschlag von 2.300 Festmetern vorgesehen. Dieser soll vorzugsweise in abgängigen Fichten- und Buchenbeständen sowie im Bereich der Vorratspflege in Eichenalthölzern zur Förderung der Naturverjüngung und Nutzung abgängiger Eschen durchgeführt werden. Des Weiteren sind Durchforstungen in jungen Laubbaumbeständen vorgesehen. Weiterhin soll - wie auch in den letzten Jahren - Naturverjüngung zum Einsatz kommen. Kulturen sind bei Bedarf auszumähen und es ist in den vielen Jungbeständen klassische Bestandspflege durchzuführen. Betriebswirtschaftlich sind Erträge in Höhe von 220.000 Euro bei Aufwendungen von 256.000 Euro und somit ein Verlust in Höhe von 36.000 Euro prognostiziert.

Bürgermeister Menikheim dankte den Forstleuten und allen darüber hinaus im Wald tätigen Personen für die geleistete schwierige, anstrengende und mitunter auch gefährliche Arbeit in den Wäldern.

Überlandhilfe der Feuerwehren neu geregelt

Im laufenden Jahr wurden seitens des Landratsamtes und Kreisbrandmeister Geyer Vorschläge zur Neukonzeptionierung der Überlandhilfe im Main-Tauber-Kreis vorgestellt. Dieses Thema wurde auch in Bürgermeisterversammlungen besprochen und dort bestand Einigkeit, dass die Überlandhilfe dahingehend neu geregelt werden soll, dass sich die Gemeinden künftig keine Kosten mehr für die Überlandhilfe gegenseitig in Rechnung stellen und kostenpflichtige Einsätze nach § 34 Feuerwehrgesetz durch die Hilfe leistende Gemeinde direkt dem Kostenschuldner in Rechnung gestellt werden sollen. Des Weiteren soll der Landkreis die Gemeinden bei der Planung und Beschaffung der für den überörtlichen Einsatz der Feuerwehren notwendigen Feuerwehrausrüstungen und Einrichtungen unterstützen. Zu diesem Zweck hat der Kreistag in seiner Sitzung am 26. Oktober bereits einem öffentlich-rechtlichen Vertrag zwischen dem Main-Tauber-Kreis und den 18 kreisangehörigen Städten und Gemeinden zur Regelung der Überlandhilfe der Feuerwehren zugestimmt. Diesem Vertrag stimmte nun auch der Gemeinderat zu. Ebenso zugestimmt wurde einer Satzung zur Regelung des Kostenersatzes. Im Rahmen der Aussprache wurde über die Höhe der Entschädigung der Feuerwehrleute (derzeit 9 Euro pro Stunde) gesprochen. Die Verwaltung sagte zu, hierzu eine Aufstellung im Vergleich mit den anderen Kreiskommunen zu machen und dem Gemeinderat dann zu berichten.

Aufstellungsbeschluss für Photovoltaikanlage abgelehnt

Mit knapper Mehrheit (10 zu 9 Stimmen) lehnte der Gemeinderat einen Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes für ein Sondergebiet für eine Freiflächen-Photovoltaikanlage in Harthausen im „Bittenlehen“ ab. Dieser Ablehnung vorausgegangen waren eine nicht öffentliche Vorberatung der Thematik, bei der der Gemeinderat zur Einschätzung gekommen war, zur Beurteilung des Kriteriums „Sichtbarkeit“ einen Ortstermin gemeinsam mit dem Ortschaftsrat Harthausen abzuhalten. Dieser Ortstermin, bei dem Gemeinderat und Ortschaftsrat sowohl das vorgesehene Gelände selbst besichtigten, als auch die Sichtbarkeit vom Baugebiet Paulusäcker aus in Augenschein nahmen, fand vor einigen Wochen statt. Bereits im März dieses Jahres hatte der Gemeinderat einen Kriterienkatalog für Freiflächen-Photovoltaikanlagen erlassen und diesen mehrheitlich beschlossen.

Im Gremium wurde lebhaft darüber diskutiert, ob das Verfahren für einen Bebauungsplan auf den Weg gebracht werden soll. Die Befürworter wiesen auf die Notwendigkeit der Energiewende hin und darauf, dass irgendwo regenerativ erzeugter Strom herkommen müsse. Die Fläche sei durchaus geeignet und es handle sich auch um keine landwirtschaftlich hochwertige Fläche. Der Ortschaftsrat habe dem Vorhaben ebenfalls mehrheitlich zugestimmt. Die Befürworter der Anlage sahen das vom Gemeinderat festgelegte Kriterium der Sichtbarkeit („PV-Anlagen sollen von Wohngebieten aus kaum sichtbar sein“) als erfüllt an. Die Gegner der Anlage sahen wiederum dieses Kriterium nicht als erfüllt an und meinten, die Sichtbarkeit vom Gebiet Paulusäcker aus spreche gegen die Anlage. Einige Gemeinderäte sprachen sich auch aus grundsätzlichen Erwägungen gegen PV-Anlagen auf landwirtschaftlichen Flächen aus. Auch eine mögliche Blendwirkung wurde thematisiert. Die Verwaltung sagte hierzu,

dass dies im Verfahren abgeprüft werde und eine Blendwirkung gegebenenfalls durch einen Blendschutz ausgeschlossen werden müsse.

Am Ende der lebhaften Diskussion fand der Antrag auf Aufstellung des Bebauungsplanes mit 9 Ja-Stimmen bei 10 Gegenstimmen keine Mehrheit.

Klimaschutzmanagement soll intensiviert werden

Ein Antrag aus der Mitte des Gemeinderates, unterschrieben von insgesamt 11 Gemeinderätinnen und Gemeinderäten, auf Schaffung einer Stelle für Klimaschutzmanagement – gemeinsam mit einer anderen Kommune – wurde im Gemeinderat behandelt, ausführlich diskutiert und am Ende mehrheitlich mit 12 Stimmen bei 5 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen angenommen. Ausgelöst wurde die Angelegenheit durch den ersten Klimaworkshop Ende Mai dieses Jahres und verschiedene Sitzungen eines Lenkungskreises, in dem die Umsetzbarkeit diverser Ideen für die Gemeinde Igersheim diskutiert wurde. Im Lenkungskreis bestand Einigkeit darüber, dass allein durch ehrenamtliches Engagement und den Einsatz der Verwaltung größere Aufgaben und Projekte nicht zu stemmen sind. Aufgrund dessen haben Georg Schumann (Freie Wähler) und Josef Gabel (CDU) den Antrag initiiert und unter ihren Kollegen für Unterstützung geworben. In der Gemeinderatssitzung begründete Georg Schumann stellvertretend für die Antragsteller nochmals den Antrag. Beim Ehrenamt werde das Problem der Kontinuität und des Dabeibleibens gesehen, im Bereich der Verwaltung würden die personellen Ressourcen fehlen. Auch die Notwendigkeit, sich tieferes, spezifisches Fachwissen anzueignen, spreche für eine Person mit entsprechender Fach- und Sachkenntnis.

Auf Bitte der Antragsteller hatte die Gemeindeverwaltung die entsprechenden Rahmenbedingungen recherchiert. Die Kosten für eine entsprechende Stelle eines Klimaschutzmanagers bzw. einer Klimaschutzmanagerin wären in den ersten 2 Jahren mit 70 % förderfähig. Bei zwei Kommunen, welche sich einen Stelleninhaber teilen, würden dann jeweils rund 10.000 Euro Personalkosten pro Jahr anfallen. Bürgermeister Menikheim wies darauf hin, dass die Herausforderungen nicht nur beim Thema Klimaschutz und Energiewende gewaltig seien, sondern auch in vielen anderen Bereichen die Städte und Gemeinden so sehr gefordert seien, dass die Belastungsgrenze erreicht, mancherorts sogar bereits überschritten sei. Deshalb sei es sinnvoll, wenn man wirklich etwas erreichen wolle und man dem Thema Klimaschutz und Energiewende einen entsprechenden Stellenwert einräumt, eine Person - einen Kümmerer - zu haben, welche ein Konzept erstellt und Klimaschutzprojekte vorantreibt.

In der sich anschließenden Diskussion sahen einige Gemeinderäte die Notwendigkeit eines Klimaschutzmanagements bei der Kommune nicht. Dies solle – wenn überhaupt – anderswo, zum Beispiel beim Landkreis, angesiedelt werden. Die Befürworter wiederum meinten, eine solche Person habe sicherlich genug zu tun und es komme eben genau darauf an, die spezifische Kenntnis einer Kommune zu haben und genau zu betrachten, wo dort die Notwendigkeiten und Möglichkeiten liegen.

Am Ende beauftragte der Gemeinderat die Verwaltung mit deutlicher Mehrheit, die Voraussetzungen für die Stelle eines Klimaschutzmanagements zu schaffen und auch Gespräche mit anderen Kommunen aufzunehmen mit dem Ziel, eine Zusammenarbeit für die Stelle mit mindestens einer weiteren Gemeinde zu vereinbaren. Eine interkommunale Vereinbarung hierzu solle abgeschlossen werden und ein Förderantrag entsprechend gestellt. Bei positiver Bescheidung des Antrags solle die Stelle ausgeschrieben und befristet für 2 Jahre besetzt werden.

Kurz berichtet:

Eine Satzung über verkaufsoffene Sonntage wurde im Gemeinderat einstimmig und ohne Diskussion beschlossen. Die verkaufsoffenen Sonntage im Jahr 2023 werden stattfinden am 19.03.2023, 08.10.2023 und 12.11.2023.

Ein Bauantrag auf Nutzungsänderungen von ehemals landwirtschaftlichen Nutzgebäuden und Flächen hin zu Flächen zur Pferdehaltung wurde vom Gemeinderat bei 2 Enthaltungen einstimmig angenommen. Bei einer Enthaltung einstimmig zugestimmt wurde einem Bauvorhaben zur Errichtung eines Außenpools in Holzbronn.

Die Gemeinderatsitzung wurde anschließend nicht öffentlich fortgesetzt.

Die nächste und letzte Gemeinderatssitzung des Jahres 2022 findet am 15.12.2022 statt.